

Pressemitteilung vom 02. Juni 2016

Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik – Ergebnisse einer Umfrage bei Städten, Landkreisen und Gemeinden

Die enorme Zuwanderung von Flüchtlingen ist seit dem Sommer 2015 in vielen Orten zur zentralen kommunalpolitischen Herausforderung geworden. Das *DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration* hat mit einer Umfrage erhoben, wo Städte, Landkreise und Gemeinden aktuell zentrale Aufgaben und Herausforderungen, wichtige Ressourcen und besondere Unterstützungsbedarfe bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sehen.

Die Umfrage richtete sich an die Verantwortlichen für die lokale Flüchtlings- und Integrationspolitik. An ihr haben sich im Erhebungszeitraum vom 25. Januar 2016 bis zum 05. März 2016 insgesamt 270 Städte, Landkreise und Gemeinden beteiligt. Die Erhebung wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt und von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration unterstützt. Link: [Bericht Kommunale-Fluechtlings-und-Integrationspolitik](#)

ZENTRALE ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG VON KOMMUNEN

Bürgerschaftliches Engagement als zentrale Ressource

Im starken freiwilligen Engagement der Bevölkerung sehen die Kommunen die wichtigste Ressource für die Bewältigung der aktuellen Aufgaben und Herausforderungen. Dies betonen nahezu 90 Prozent aller befragten Kommunen. Drei von vier Kommunen verweisen zudem auf aktive Willkommens- bzw. Flüchtlingsinitiativen und heben die Offenheit und das Engagement ihrer Vereine hervor. Kirchen, Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Einrichtungen sind vielerorts zu Anlaufstellen einer engagierten Bürgerschaft geworden.

Kommunen sind bereits im Integrationsmodus angelangt

Die große Mehrzahl der Kommunen stellt sich bereits der Aufgabe, die Geflüchteten und Zugewanderten zu integrieren. Die Integration vor Ort hat längst begonnen und wird von Städten, Landkreisen und Gemeinden nicht als Aufgabe angesehen, der man sich erst in Zukunft widmen wird. Dezentrale Unterbringung, Sprache und Bildung sowie Information, Engagement und Beteiligung der Bevölkerung werden von den Kommunen als die wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen angesehen. Kommunen sind dabei in einer Vielzahl von Handlungsfeldern gefordert, damit Integration gelingt.

Integration von Flüchtlingen als lokale Gemeinschaftsaufgabe

Gute Kooperationsbeziehungen in der Kommune sowie die Koordination und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements durch die Verwaltung rangieren an zweiter Stelle bei der Frage nach den wichtigsten kommunalen Ressourcen. Dies bestätigen vier von fünf bzw. mehr als zwei Drittel der Kommunen. Mehr als 80 Prozent der Kommunen sehen in der Information und Einbindung der Bevölkerung eine zentrale Aufgabe. Mit der Flüchtlings- und Integrationspolitik beginnt sich offensicht-

lich ein lokales Handlungsfeld zu entwickeln, das zentral auf produktive Kooperationsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltung und engagierter Bürgerschaft setzt.

Noch immer große Offenheit für Flüchtlinge

Mehr als zwei Drittel der Kommunen heben eine positive Grundstimmung und eine ausgeprägte Offenheit in der lokalen Bevölkerung hervor. Bei der Frage nach den zentralen kommunalen Aufgaben und Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen landet das Thema fremdenfeindliche Proteste auf dem letzten Platz. Weniger als die Hälfte aller Kommunen sehen deren Einhegung und Prävention als vordringlich an. Dieses Bild steht im Widerspruch zu öffentlichen Debatten, in der die Abwehr gegenüber Flüchtlingen in der lokalen Bevölkerung nicht selten überbetont wird.

„Wir können Integration“

Kommunen verfügen nicht nur über eigene integrationspolitische Erfahrungen, sondern haben in der Vergangenheit in großer Zahl Grundstrukturen für eine erfolgreiche Integrationspolitik entwickelt. Drei von vier Kommunen messen der Integration der Zugewanderten einen hohen Stellenwert bei und fast die Hälfte sieht in einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik eine wichtige Ressource. Dazu gehört für eine Mehrheit der befragten Kommunen die Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe, die Vernetzung der zentralen Akteure in der kommunalen Integrationsarbeit sowie Konzepte und Leitbilder zur Integration von Menschen mit einer Migrations- oder Fluchtgeschichte.

Kommunen benötigen dringend zusätzliche und verlässliche Ressourcen

Dezentrale Unterbringung in Wohnungen, Sprachlernangebote, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie Zugänge zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt werden von den Kommunen als zentrale Herausforderungen benannt. Für diese klassischen Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik sind zusätzliches Personal und eine erweiterte finanzielle Unterstützung unabdingbar. Mehr als 90 Prozent der befragten Kommunen sehen in der verbesserten Kostenerstattung durch Bund und Länder eine zentrale Gelingensbedingung ihrer kommunalen Integrationsanstrengungen.

Integration von Flüchtlingen als föderale Gemeinschaftsaufgabe

Mehr als 90 Prozent aller befragten Kommunen sehen in der verbesserten Koordination der Flüchtlingspolitik im Bundesstaat eine große Herausforderung. Zudem erwarten mehr als drei Viertel aller Kommunen Initiativen von Bund und Ländern zur Stärkung der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik. Dabei sind sie durchaus bereit, ihre besondere Rolle als lokale Integrationsmotoren wahrzunehmen. Offensichtlich klafft zwischen dem wohlfeilen Bekenntnis „Integration findet vor Ort statt“ und der Bereitschaft, die Kommunen im föderalen Gefüge mit den dafür notwendigen Kompetenzen und Ressourcen auszustatten, eine erhebliche Lücke. Sie ist durch die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingspolitik noch größer geworden.

Dr. Frank Gesemann, Prof. Dr. Roland Roth

Kontakt

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)

Nymphenburger Str. 2, 10825 Berlin, Tel.: 030 / 814 86 502

E-Mail: info@desi-sozialforschung-berlin.de; Internet: www.desi-sozialforschung-berlin.de